

19. Wahlperiode

---

## **Antrag**

der AfD-Fraktion

### **Berlin endlich sicherer machen!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert:

- 1.) Sich für mehr Respekt und eine stärkere Wertschätzung gegenüber seinen Polizei- und Feuerwehrkräften einzusetzen. Hierzu zählen insbesondere folgende Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen:
  - Eine amtsangemessene Vergütung durch schnelle Anhebung der Besoldung und Bezahlung auf das Bundesniveau
  - Schaffung eines attraktiven Arbeitsumfeldes durch erhöhte Investitionen in die Bereiche Liegenschaften und Ausstattungen
  - Schaffung flexiblerer Dienstplan- und Arbeitszeitmodelle
  - Schaffung einer soliden Personaldecke durch schnellere Erhöhung der Ausbildungskapazitäten und mehr Planstellen
  - Verstärkter Ausbau des Gesundheitsmanagements und Anpassung des Dienstunfallrechts
  
- 2.) Schnellstmöglich eine Gesetzesinitiative nach Art. 59 Absatz 2 VvB zu ergreifen, mit dem Ziel der Schaffung dringend notwendiger Ermächtigungs- und Anspruchsgrundlagen. Dazu gehören im Einzelnen die Neu-Novellierung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG), des Gesetzes über die Anwendung unmittelbaren Zwanges bei der Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Landes Berlin (UZwG Berlin) sowie die Anpassung des Dienstunfallrechts im Hinblick auch auf psychische Dienstunfallfolgen. Des Weiteren

sind Regelungen im Dienstunfallrecht zu schaffen, die Beweisfragen ansprechen und im Hinblick auf psychische Dienstunfallfolgen Beweiserleichterungen vorsehen.

- 3.) Für mehr sichtbare Polizei im öffentlichen Raum und einen Ausbau der bewährten Maßnahme, der sogenannten Verbund-Schwerpunktkontrollen gegen die Organisierte Kriminalität (OK) zu sorgen.
- 4.) Ein Konzept für eine Initiative für Respekt und Toleranz gegenüber Einsatzkräften zu entwickeln und umzusetzen. Grundlage der Initiative sollen Berichte von Betroffenen über ihre Einsatzerfahrungen sein.

Dem Abgeordnetenhaus wird hierzu jährlich berichtet.

### ***Begründung:***

Die Gewährleistung und Sicherstellung der Inneren Sicherheit ist eine der Kernaufgaben eines funktionierenden Staates. Für das Land Berlin sind die Polizei Berlin und die Berliner Feuerwehr ein bedeutsamer Stützpfiler der Berliner Sicherheitsarchitektur und tragen wesentlich zur Sicherheit für die Bürger im Land bei.

Die Anforderungen an die Polizei Berlin und die Berliner Feuerwehr steigen stetig, wie auch deren Belastungen. Auf der anderen Seite sind die derzeitigen Arbeitsbedingungen und die damit verbundene Wertschätzung für diese herausfordernde und belastende Tätigkeit alles andere als attraktiv.

Allein die Debatte um die Verfassungswidrigkeit der Besoldung bzw. einer amtsangemessenen Besoldung unserer Landesbeamten wird der Verantwortung des Landes als Dienstherr nicht gerecht. Monetäre Vergütungen und Nebenleistungen sowie die Arbeitsbedingungen und Wertschätzungen sind Faktoren, die die meisten Menschen als Grundlage für die Bewertung, ob ein Arbeitgeber „attraktiv“ erscheint, heranziehen. Dabei spielt die Vergütung bei der Mitarbeiterzufriedenheit eine nicht zu unterschätzende Rolle wie auch die Wertschätzung, die Grundlage für eine erfolgreiche Aufgabenbewältigung und Zusammenarbeit ist. Arbeitgeber, die ihren Mitarbeitern ein hohes Maß an Wertschätzung entgegenbringen, profitieren davon gleich doppelt: Zum einen sind sich Gesundheitsexperten darin einig, dass ein wertschätzender Umgang die Gesundheit der Mitarbeiter fördert. Ein größeres Wohlbefinden und sogar ein geringeres Depressionsrisiko gelten als erwiesene Effekte. Zum anderen spielt das Thema „Wertschätzung“ auch bei der Mitarbeitermotivation und Mitarbeiterbindung eine zentrale Rolle. Eine Anhebung der Besoldung sowie eine Anpassung der Ausbildungsvergütung sind daher dringend geboten und müssen den Grundsatz einer leistungsgerechten Vergütung widerspiegeln. Rein fiskalische Erwägungen haben im Zusammenhang mit der Sicherstellung der Inneren Sicherheit in den Hintergrund zu treten.

Aber auch die allgemeinen Arbeitsbedingungen spielen eine große Rolle. Wie ist der Zustand am Arbeitsplatz? Wie sehen die Arbeitszeiten aus? Wie ist die Arbeitsbelastung? Und hier muss viel mehr und vor allem schneller gehandelt werden.

Der Sanierungsstau bei den Liegenschaften der Polizei Berlin und der Berliner Feuerwehr ist gewaltig. Um die Gebäude der Polizei zu sanieren, müssten mindestens 1,35 Milliarden Euro und für die der Feuerwehr 205 Millionen Euro investiert werden. Die Summen werden noch höher ausfallen, da Kosten für eine klimaneutrale Sanierung oder Baukostensteigerungen noch nicht mit inbegriffen sind. Die für den Abbau des Sanierungstaus in den Haushalt eingestellten Mittel werden diesen in den nächsten Jahren nicht nachhaltig abbauen können.

Des Weiteren muss der Personalaufbau schneller und konsequenter fortgesetzt werden, um einen belastbaren Personalpool zu bilden, damit Personalausfälle nicht weiter zu Lasten der noch im Dienst „verbliebenen“ Kollegen gehen. Aus diesem Grund muss auch der Ausbau des Gesundheitsmanagements verstärkt vorangetrieben werden. Durch die zunehmende Gewalt, die den Einsatzkräften bei ihrer Arbeit begegnet, sind diese zum Teil auch enormen psychischen Belastungen ausgesetzt. Eine Anpassung des Dienstunfallrechts im Hinblick auch auf psychische Dienstunfallfolgen ist daher längst überfällig. Auch diese nicht neue Debatte zeigt, dass wichtige Themen nicht mit der erforderlichen Geschwindigkeit und Konsequenz vorangetrieben werden, sondern abgewartet wird, bis es in Berlin brennt! Mit diesen deutlichen Worten wandte sich die Berliner Feuerwehr zurecht seit Jahren an den Senat, um auf die desaströse Situation bei den Berliner Rettungskräften hinzuweisen. Passiert ist bislang wenig.

Diese Zustände sind einer Hauptstadtmetropole wie Berlin und den Menschen gegenüber, die sich täglich mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben für die Sicherheit und unseren Rechtsstaat einsetzen, unwürdig. Gerade in Zeiten, in denen sich unsere Sicherheitskräfte zunehmenden Anfeindungen und einer zunehmenden Gewalt ausgesetzt sehen, sind schnelle und konsequente Entscheidungen notwendig.

Um die Aufgaben bestmöglich im Sinne der Sicherheit der Berliner erfüllen zu können, bedarf es auch der erforderlichen Eingriffsermächtigungen. Berlin hat im Bundesvergleich eines der schwächsten Polizeigesetze. Wie schwer die Sicherheit zu gewährleisten und sicherzustellen ist, hat jüngst die Chaos-Silvesternacht 2022/2023 offenbart, in der kleinere Gruppen Einsatzkräfte der Polizei Berlin und der Berliner Feuerwehr mit Steinen, Schreckschusspistolen, Böllern und Raketen angegriffen haben. Am Beispiel des Einsatzes von sogenannten Bodycams wird die Notwendigkeit besonders deutlich. Es müssen erst Zustände wie in der Chaos-Silvesternacht herrschen, damit über die schnelle flächendeckende Einführung der sogenannten Bodycams diskutiert wird, obwohl es bereits positive Erfahrungen aus anderen Bundesländern hierzu gibt. Bei der Schaffung der erforderlichen Eingriffsgrundlagen sollten daher im Vordergrund stehen, welche Eingriffsmittel die Sicherheitsbehörden benötigen, um ihre Aufgaben effektiv erfüllen zu können. Berücksichtigt werden sollten u.a.: Schleierfahndung, Videoüberwachung, Distanz-Elektroimpulsgerät („Taser“), Bodycams und der Rettungsschuss. Diese sind bislang zum Teil nicht oder nur ungenügend in Berlin geregelt.

Aber auch andere vermeintlich kleine Tätergruppen, wie aus dem extremistischen Spektrum oder Mitglieder, die der Clan-Kriminalität zugeordnet werden, reichen aus, um die Sicherheit und das Sicherheitsempfinden in Berlin nachhaltig zu gefährden. Hinzu kommen in Berlin die kriminalitätsbelasteten Orte und Drogenkriminalität sowie die vielen Fallzahlen aus der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS).

Um die Sicherheit zu gewährleisten und nachhaltig sicherzustellen, bedarf es zum einen an mehr sichtbaren Personals im öffentlichen Raum - Und dies in der gesamten Fläche Berlins. Eine

„Kotti-Wache“ im Brennpunkt ist zwar richtig, aber auch in Ortsteilen wie Buch wünschen sich die Bürger mehr Polizeipräsenz u.a. in Form einer Polizei-Wache. Dies erhöht zum einen den Kontrolldruck und steigert zum anderen auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Berliner.

Zum anderen müssen bewährte Instrumente wie den sogenannten Verbund-Schwerpunktkontrollen gegen die Organisierte Kriminalität (OK) und die Clan-Kriminalität ausgebaut werden. Den Tätern, speziell aus der OK und Clan-Kriminalität, die den Rechtsstaat, seine Institutionen und Repräsentanten verachten und ablehnen, kann nur mit einem harten durchsetzungsfähigen Rechtsstaat begegnet werden. Wie wichtig dies ist, kann dem „Lagebild Clan-Kriminalität 2021“ entnommen werden. Im Fazit und Ausblick des Lagebildes heißt es dort: „Die seit April 2019 eingeleiteten Maßnahmen, insbesondere die Erhöhung des Kontrolldrucks und der in diesem Zusammenhang wahrnehmbare ressortübergreifende Schulterschluss der Berliner Behörden im Rahmen von Verbundeinsätzen und im operativen Informationsaustausch zeigten auch im Jahr 2021 deutliche Erfolge.“ Die Sicherung von Expertise und Wissenstransfer im Zusammenhang mit der OK und Clan-Kriminalität muss gewährleistet werden, um nachhaltige Erfolge verzeichnen zu können. Rotationen und Versetzungen von OK- und Clan-Experten sollten dabei vermieden werden.

Eines haben die Erfahrungen aus den letzten Jahren aber auch gezeigt – der Respekt gegenüber unseren Einsatzkräften, die sich täglich für das Wohl und die Sicherheit der Berliner einsetzen, ist gesunken. Dies hat die jüngste Chaos-Silvesternacht verdeutlicht. Aber auch Einsätze rund um den 1. Mai und die Rigaer Straße, bei denen vermeintlich kleine Gruppen aus der linksextremistischen Szene Straßenschlachten gegen die Einsatzkräfte führen, zeigen dies deutlich. Schwerste Körperverletzungen werden hier von den Tätern billigen in Kauf genommen.

Hier bedarf es einer Null-Toleranz-Politik gegenüber den Tätern. Und auf der anderen Seite muss mit geeigneten Mitteln der Respekt und die Toleranz gegenüber unseren Einsatzkräften gestärkt werden. Ein geeignetes Mittel wäre es gewesen, nicht das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) zu beschließen. Diese Chance wurde aber vertan.

Um der Entwicklung des sinkenden Respektes gegenüber Einsatzkräften entgegenzuwirken, ist eine Initiative für Respekt und Toleranz gegenüber Einsatzkräften ein denkbarer Baustein, der ergriffen werden sollte.

Sicherheit setzt einen funktions- und durchsetzungsfähigen Rechtsstaat voraus. Dieser lebt aber von den Menschen, die sich täglich motiviert und engagiert für die Sicherheit der Bürger im Land Berlin einsetzen.

Aus diesem Grund müssen notwendige Entscheidungen im Zusammenhang mit der Sicherheit der Bevölkerung und der Personen, die sich dafür einsetzen, schnell und beherzt getroffen und umgesetzt werden.

Berlin endlich sicherer machen.

Berlin, den 20. Januar 2023

Dr. Brinker Gläser Woldeit  
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion